

ÖSTERREICH 1918 plus

DIE 8er-JAHRE UND DIE POLITISCHE BILDUNG

|| | 1918 | 1928 | 1938 | 1948 | 1958 | 1968 | 1978 | 1988 | 1998 | 2008 | 2018

1988 BIS 1998

THEMENSCHWERPUNKT EUROPÄISIERUNG

Die Europäisierung Österreichs verlief parallel zu globalen und nationalen Entwicklungen. Nach dem Ende des Kalten Kriegs ordnete sich die Welt neu. Die USA setzten sich als neue Weltmacht an die Spitze, Russland kämpfte um die Vormachtstellung am Kaukasus, Europa rang um Frieden, die EU versuchte an Profil zu gewinnen und neue Kräfte wie China gewannen an Einfluss.

Unterdessen regierte in Österreich von 1986 bis 1997 die Große Koalition von SPÖ und ÖVP unter Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ). Während die Großparteien an Zustimmung verloren, steigerte sich unter Jörg Haider der Einfluss der FPÖ. Die Grünen konnten ihren Platz im Nationalrat seit ihrem Einzug 1986 festigen. Beginnend mit der Waldheim-Affäre und fortgesetzt durch Jörg Haiders Aussage bezüglich einer „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ im Nationalsozialismus bröckelte der österreichische Opfermythos, d.h. die Vorstellung, Österreich sei Opfer des Nationalsozialismus gewesen. Im Gedenkjahr 1988 (50 Jahre „Anschluss“) standen Thomas Bernhards Stück „Heldenplatz“ und die Errichtung des „Mahnmals gegen Krieg und Faschismus“ am Platz vor der Albertina symbolisch für einen zunehmend kritischen Umgang mit der eigenen Vergangenheit. 1991 fand auch in der Politik ein Umdenken statt, das sich in einem Bekenntnis zur österreichischen Mitschuld am Zweiten Weltkrieg äußerte.

Im Jahr 1995 entschieden sich die ÖsterreicherInnen bei einer Volksabstimmung mit 66,6 Prozent für den EU-Beitritt. Gemeinsam mit Schweden und Finnland erweiterte sich die EU damit seit dem Maastrichter Vertrag 1992 zur EU-15. Nach dem Zerfall des Vielvölkerstaats Jugoslawien 1991 gefährdete bis 1999 der Krieg zwischen Serbien und den anderen Teilrepubliken den Frieden in Europa. Die EU fand erst 1997 mit der Reaktivierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), neben UNO und NATO, zu einer aktiv vermittelnden Position und konnte auch ihr Profil als europäische Kraft schärfen.

Vor diesen Hintergründen bietet *polis* aktuell 8/2018 eine vertiefende Auseinandersetzung mit der Europäischen Union. Aufgrund steigender nationaler, europäischer und globaler Vernetzungen kommt der europapolitischen Bildung die wichtige Aufgabe zu, Interesse an europäischen Themen zu wecken, Aufgaben und Möglichkeiten der EU bewusst zu machen, aber auch einen kritischen Blick auf die EU und ihre Politik zu werfen.

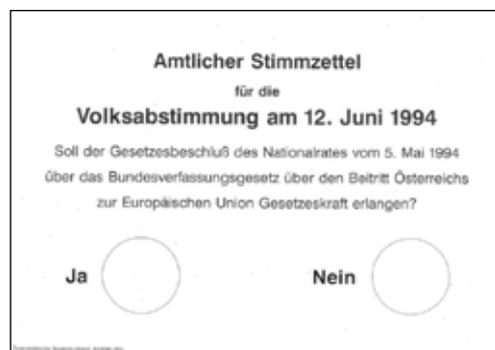


☉ DIE WELT/EUROPA/ÖSTERREICH IM WANDEL

„DER MAUERFALL“ – DAS ENDE DES KALTEN KRIEGS

Am 27. Juni 1989 zerschnitten der österreichische Außenminister Alois Mock und sein ungarischer Amtskollege Gyula Horn symbolisch den Stacheldrahtzaun an der Grenze zwischen Österreich und Ungarn. Der Fall des Eisernen Vorhangs ist eine der größten Zäsuren in der Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg.

Für viele Menschen gingen damit grundlegende Veränderungen einher. Das Ende des Sozialismus bedeutete etwa den Gewinn von persönlicher und politischer Freiheit, die Wegbereitung zur liberalen Demokratie, die Etablierung freier Medien, ein Ende der strengen Grenzkontrollen, die Erstarkeung des kapitalistischen Wirtschaftssystems oder auch die Zusammenführung von künstlich getrennten Familien. Auch die Weltordnung, die seit 1945 von den USA und der Sowjetunion dominiert war, stand nun vor einem Umbruch. Neben den USA, die sich als alleinige Weltmacht etablierten, stieg nun auch China zur Supermacht auf. Das Land entwickelte sich zu einem weltweiten Handelspartner, verblieb aber, geprägt von der (post-)maoistischen Politik, unter strenger sozialistischer Führung. Russland versuchte nach dem Zerfall der Sowjetunion, seine Vormachtstellung am Kaukasus gewaltsam zu erhalten: Aufgrund der riesigen Erdölvorkommen kam es ab 1991 mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (GUS) zu offenen Konflikten.



links
Paneuropäisches Picknick an der ungarisch-österreichischen Grenze, 19. August 1989. Grenzübertritt von Staatsangehörigen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)
© Wik1966total

rechts
Amtlicher Stimmzettel für die Volksabstimmung zum EU-Beitritt 1994
© Wikimedia common

„ÖSTERREICH ÖFFNET SICH DER WELT“ – DIE EUROPÄISIERUNG ÖSTERREICHS

1986 trat Fred Sinowatz (SPÖ) als Bundeskanzler zurück und Jörg Haider übernahm von Norbert Steger die Parteiführung der FPÖ. Die erste SPÖ-FPÖ-Koalition (1983–1986) wurde deshalb vorzeitig aufgelöst. 1986 kam es zu Neuwahlen, welche die elfjährige Regierungszeit der Großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP unter der Führung Franz Vranitzkys einleiteten. Während SPÖ/ÖVP mit Stimmenverlusten kämpften, gewann die FPÖ als drittes, rechtspopulistisches Lager an Einfluss. Von Bedeutung in dieser Regierungszeit war die Frage des EU-Beitritts Österreichs. 1994 fand eine Volksabstimmung statt, die die zwiespältige Haltung der ÖsterreicherInnen zur EU zeigte. Es herrschte Begeisterung aufgrund der Hoffnung auf Internationalisierung, aus Angst vor Identitätsverlust aber auch Ablehnung gegenüber der EU. Bei einer Wahlbeteiligung von 82,4 % ging die Abstimmung mit einer 66,6-prozentigen Mehrheit für den EU-Beitritt aus. Österreich entsendet seither Mitglieder für das Europäische Parlament, schickt seine MinisterInnen zu Verhandlungen in den Europäischen Rat und übernahm schon 1998 das erste Mal die EU-Ratspräsidentschaft. Mit dem Beitritt zum EU-Schengen-Raum im Dezember 1997 bekannte sich Österreich zu einem Europa mit offenen Binnengrenzen und einer gemeinsamen Sicherung der EU-Außengrenzen.

„GEGEN DAS VERGESSEN“ – DEMOKRATIEPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN

Ab 1986 begann eine neue Phase der Aufarbeitung von Österreichs Rolle im Nationalsozialismus. Ausschlaggebend dafür waren u.a die seit 1986 geführten Untersuchungen zu Kurt Waldheims Rolle im Nationalsozialismus. Auch Jörg Haider, als neue Spitze der FPÖ, bot Anlass zur Auseinandersetzung mit der Geschichte, als er etwa 1991 im Kärntner Landtag meinte: „Im Dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal Ihre Regierung in Wien zusammen bringt.“ Kurt Waldheim wurde trotz Vorwürfen 1986 zum Bundespräsidenten gewählt. Eine Historikerkommission stellte fest, dass er keine persönliche Schuld an Kriegsverbrechen trage. Angelastet wurde ihm, dass er über die Deportation griechischer Juden gewusst und seine Rolle im Krieg verschwiegen habe. Waldheim übte das Amt bis 1992 aus. Auch Jörg Haider konnte sich, obwohl immer wieder Kritik ausgesetzt, als Parteichef durchsetzen und die FPÖ zu Stimmen gewinnen führen. Durch diese Ereignisse wurde die bislang verdrängte Frage der Vergangenheitsbewältigung und damit auch die Verantwortung Österreichs an den NS-Verbrechen diskutiert. Es begann eine Abkehr vom Opfermythos, der neben dem Verdrängen seit der Moskauer Deklaration 1943 das diskursprägende Element Nachkriegsösterreichs dargestellt hatte. Bundeskanzler Franz Vranitzky sprach im Nationalrat ein Bekenntnis zur Mitverantwortung aus. 1993 bat er schließlich auf seiner Israel-Reise die Opfer des Nationalsozialismus im Namen der Republik um Verzeihung. Der zunehmend kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus war geschuldet, dass auch Bundespräsident Thomas Klestil das „schwere Erbe der Geschichte“ zum Thema gesellschaftlicher Auseinandersetzung machte und ein Paradigmenwechsel eingeleitet werden konnte.

UNTERRICHTSVORSCHLAG: EU-WAHL UND ICH

Thematischer Kontext:

Der Unterrichtsvorschlag eignet sich, um das Thema „EU-Wahl“ einzuleiten. Anregungen für eine vertiefende Auseinandersetzung gibt *polis* aktuell 8/2018.

Kernidee für den Unterrichtsvorschlag:

„Durch meine Teilnahme an der EU-Wahl bestimme ich die Ausrichtung der europäischen Politik und damit auch der nationalen Politik mit. Weil Demokratie im Alltag wichtig ist, nehme ich mein EU-Wahlrecht als mündige Europäerin/mündiger Europäer wahr und lasse mich nicht regieren.“

Vorwissen:

Die von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments beschlossenen Richtlinien und Verordnungen gelten verbindlich für alle Länder der Union. Daher ist es wichtig, welche Fraktionen in Straßburg und Brüssel entscheiden.

(Zitiert nach *polis* aktuell 8/2018, S. 7)

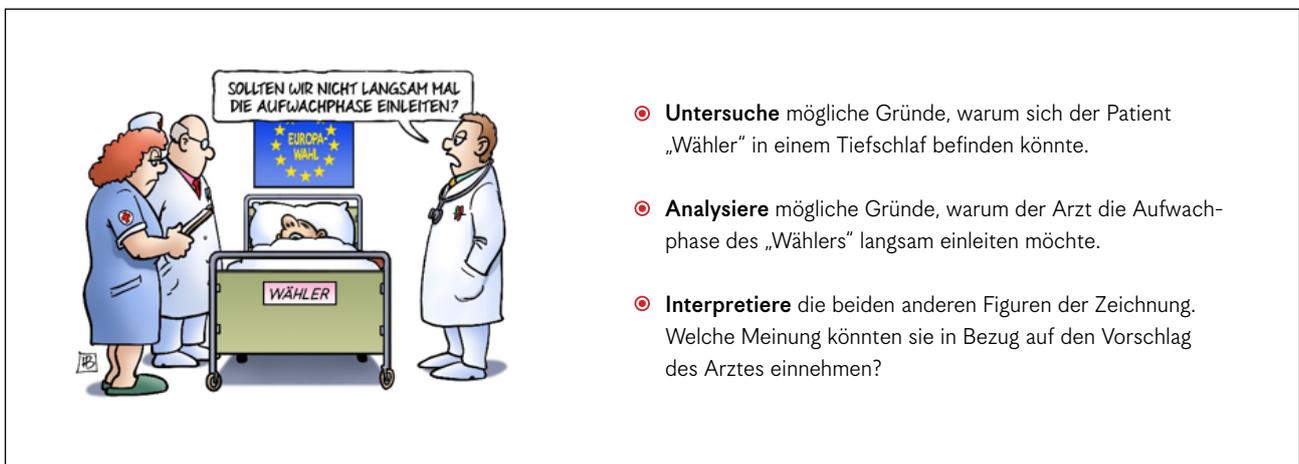
Unterrichtsverlauf:

Konfrontation:

Die Lehrkraft schreibt den Satz „Ich gehe zur EU-Wahl, weil ca. 80 % der österreichischen Gesetze von der EU beeinflusst sind und ich mitentscheiden möchte“ an die Tafel. Die SchülerInnen bewerten diese Aussage mit einem Symbol (+ / – / ~). Nachdem sich alle positioniert haben, findet eine Diskussion im Plenum statt. Um die Gesprächszeit gut nutzen zu können, machen sich die SchülerInnen vorab Notizen zu ihrem Standpunkt. Die Diskussion kann auch in Kleingruppen stattfinden.

Selbstständiges Arbeiten:

Nach der Diskussion zeigt die Lehrkraft die Karikatur „Europawahl Aufwachphase“ und stellt folgenden schriftlichen Arbeitsauftrag dazu:



- **Untersuche** mögliche Gründe, warum sich der Patient „Wähler“ in einem Tiefschlaf befinden könnte.
- **Analysiere** mögliche Gründe, warum der Arzt die Aufwachphase des „Wählers“ langsam einleiten möchte.
- **Interpretiere** die beiden anderen Figuren der Zeichnung. Welche Meinung könnten sie in Bezug auf den Vorschlag des Arztes einnehmen?

© Harm Bengen

Information:

Die SchülerInnen lesen sich Seite 7 der Ausgabe *polis* aktuell 8/2018 durch und nehmen eine numerische Gewichtung der genannten Gründe vor, warum man zur EU-Wahl gehen sollte (vgl. *polis* aktuell 8/2018, S. 7, „Gründe, zur EU-Wahl zu gehen“). Die Gewichtung wird anschließend in Vierergruppen diskutiert. Zum Abschluss nennt jede Schülerin, jeder Schüler den für sie/ihn wichtigsten Grund, sodass sich eine Einschätzung zur Meinung der Klasse ergibt.

Reflexion:

Die Lernenden gehen nochmals zum Statement des Stundenbeginns zurück und verschriftlichen erneut ihre Meinung zur Aussage. Die während der Stunde gewonnenen Erkenntnisse sollen dabei berücksichtigt werden.

ÖSTERREICH 1918plus

LITERATURTIPPS

- ◉ Vocolka, Karl: Österreichische Geschichte. München: Verlag C.H. Beck, 2010.
- ◉ Dachs, Herbert: Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: Manz, 2006.
- ◉ Demokratiezentrum Wien: www.demokratiezentrum.org.
- ◉ Bischof, Günther/Pelinka, Anton/Karlhofer, Ferdinand: The Vranitzky Era in Austria. New Jersey, New Brunswick: Transaction Publishers, 1999.
- ◉ Sapper, Manfred/Weichsel, Volker: Freiheit im Blick. 1989 und der Aufbruch in Europa. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag BWV, 2009.
- ◉ EUropa-Pass Junior und EUropa-Pass Teacher. Wien: Zentrum *polis*, aktual. Aufl. 2017. Online im *polis*-Shop: www.politik-lernen.at/shop.

LEHRPLANBEZUG (POLITISCHE BILDUNG)

11. Schulstufe:

Kompetenzmodul 5: *Politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart:* Erinnerungskulturen im Umgang mit dem Holocaust; das bipolare Weltsystem 1945-1990; sein Zusammenbruch und die Transformation des europäischen Systems.

Kompetenzmodul 6: *Politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart:* Gesellschaftliche Veränderungen nach 1945 und ihre Auswirkungen auf den Alltag; politisches Alltagsverständnis – die verschiedenen Dimensionen und Ebenen von Politik; Möglichkeiten politischer Beteiligungs-, Entscheidungs- und Konfliktlösungsprozesse.

12. Schulstufe:

Kompetenzmodul 7: *Wesentliche Transformationsprozesse im 20. und 21. Jahrhundert und grundlegende Einsichten in das Politische:* Österreich als Teil der europäischen und globalen Entwicklung im 20. und 21. Jahrhundert; das politische und rechtliche System Österreichs und der Europäischen Union sowie politische Systeme im internationalen Vergleich; europäische Integrationsbestrebungen und Globalisierungsprozesse – Chancen und Konfliktpotentiale.

ÖSTERREICH1918plus

Weiteres Arbeitsmaterial findet sich auf der Seite www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus, etwa unter den Schlagwörtern „Europa“, „Europäische Union/EU“, „Krieg“, „Vergangenheitsbewältigung“, „Volksabstimmung“, „Volksbegehren“ und „Wahl“ (Funktion „Filter“).

oesterreich1918plus ist ein Online-Glossar mit 101 Bildern und Geschichten aus den letzten 100 Jahren Österreichs. Die Jahreseinträge erinnern an häufig Erzähltes, sprechen aber auch Themen an, die weniger präsent oder erforscht sind. Neben zentralen politischen Entwicklungen werden alltagsgeschichtliche Blitzlichter, Minderheitenmeinungen etc. in den Blick genommen.

1988 bis 1998 auf oesterreich1918plus

- 1988 Ge- und Bedenkjahr
- 1989 Picknick mit weitreichenden Folgen
- 1990 Armut ab den 1990er-Jahren
- 1991 Wir bekennen uns ...
- 1992 Wieder Krieg in Europa
- 1993 Solidarität und Menschenrechte versus Ausländerfeindlichkeit und Terror
- 1994 Volksabstimmung: Fast zwei Drittel pro EU
- 1995 Überstaatliche und internationale Organisationen: EU und OSZE
- 1996 Frauenschutz und Frauenrechte
- 1997 Das Volk begehrt
- 1998 Rückerstattung und Entschädigung



Impressum

Zentrum *polis* – Politik Lernen in der Schule
Helferstorferstraße 5, 1010 Wien
T 01/42 77-274 44 | F 01/42 77-274 30
service@politik-lernen.at, www.politik-lernen.at

Wien, Oktober 2018

Autorin: Isabella Schild

Isabella Schild ist Lehrerin für Deutsch und Geschichte am BORG Nonntal (Salzburg). Seit Herbst 2016 Universitätsassistentin am Institut für Geschichte (Fachdidaktik Geschichte-Sozialkunde-Politische Bildung) an der Universität Wien.